

VERTRAULICH

3003 Bern, den 11. September 1992

NATIONALRAT

Aussenpolitische Kommission

HAUPTPROTOKOLL der Sitzung vom 4. September 1992
 8.30 - 12.00 Uhr
 in Bern, Parlamentsgebäude, Zimmer 87

TAGESORDNUNG

1. Botschaft über die Genehmigung des Abkommens vom 20.3.1992 zwischen den EFTA-Ländern und der CSFR
2. Bildung einer Ländergruppe unter Führung der Schweiz im Rahmen des IWF.
3. Kurzorientierung über die neuesten Aktualitäten (ohne anschliessende Diskussion)
4. Aktualitäten
 - 4.1 Die Lage im ehemaligen Jugoslawien
 - 4.2 Die Lage in der ehemaligen Sowjetunion ein Jahr nach dem Militärputsch
5. Vorbereitung der Sitzung vom 15./16. Oktober 1992
6. Verschiedenes

TEILNEHMER

Präsidium: Rychen

Anwesende Mitglieder: Aubry, Bär, Bäumlin, Rutishauser (ersetzt Berger), Bircher Peter (ersetzt Caccia), Columberg, Nebiker (ersetzt Fischer-Häggingen), Grendelmeier, Haller, Stamm Judith (ersetzt Maître), Moser, Nabholz, Oehler, Rebeaud, Ruffy, Scheidegger, Segmüller, Steffen, Mauch Rolf (ersetzt Wyss Paul)

Entschuldigt: Bundespräsident Felber, Vorsteher EDA
 Bundesrat Delamuraz, Vorsteher EVD
 Bircher Silvio, Eggly, Frey Claude, Frey Walter,
 Mühlemann, Vollmer, Ziegler

Mitglieder der Verwaltung:

Traktandum 1:

Botschafter Arioli, BAWI, EVD
 H. Mazenauer, BAWI, EVD
 H. Antonietti, BAWI; EVD
 H. Stücheli, EDA

Traktandum 2: (Teilprotokoll 1)

Bundesrat Stich, Vorsteher EFD
 H. Erard, Generalsekretär EFD
 Staatssekretär Kellenberger, EDA
 Botschafter Arioli, BAWI, EVD
 Minister Lautenberg, EDA
 H. Mazenauer, BAWI, EVD
 H. Stücheli, EDA



Traktandum 3 und 4.1 (Teilprotokoll 2)
(Punkt 4.2 wurde verschoben)

Staatssekretär Kellenberger, EDA
H. Schaller, Generalsekretär, EDA
Botschafter Ducrey, EDA
Botschafter Arioli, BAWI, EVD
H. Raedersdorf, DEH, EDA
H. Woker, EDA
H. Stücheli, EDA

Traktandum 5 und 6 (Teilprotokoll 3)

Staatssekretär Kellenberger
H. Schaller, Generalsekretär EDA
H. Stücheli, EDA

Kommissionssekretariat: H. Aebi, Frau Hutter, PD

Protokoll: Frau von Roten (d),. H. Kuonen (f)

Haller: Ich beantrage unter dem Punkt "Verschiedenes" darüber zu sprechen, wann und zu welchen Zeiten Pressekonferenzen angesetzt werden können.

1. Botschaft über die Genehmigung des Abkommens vom 20.3.1992 zwischen den EFTA-Ländern und der CSFR.

Präsident Das Abkommen wurde bereits am 1. Juli 1992 vorläufig in Kraft gesetzt. Das Abkommen muss in einem solchen Fall dem Parlament innerhalb von sechs Monaten vorgelegt werden. Damit die definitive Inkraftsetzung des Abkommens auf Beginn des Jahres 1993 erfolgen kann, müssen diese Ratifikationsurkunden spätestens einen Monat im voraus beidseitig ausgetauscht werden. Das Parlament muss deshalb noch anlässlich der Herbstsession beschliessen können. Der Bundesrat ist auch in materieller Hinsicht an einer termingerechten Abwicklung interessiert, damit der Vertrag noch mit der bestehenden Bundesregierung der CSFR abgeschlossen werden kann. Man geht davon aus, dass die Nachfolgestaaten diese Verträge völkerrechtlich übernehmen.

Arioli: Nach dem geltenden Recht in der CSFR, ist für eine Auflösung der Republik in zwei Teilrepubliken das Bundesparlament zuständig mit anschliessender Volksabstimmung. Die Regierungschefs Klaus und Meciar haben sich seit den Wahlen über die Grundzüge einer Trennung geeinigt. Diese Grundzüge und das Verfahren sollen bis Ende dieses Monats dem Bundesparlament vorgelegt werden. Das Bundesparlament wird dann ein Gesetz über das Trennungsverfahren verabschieden. Man kann davon ausgehen, dass die Trennung am 1. Januar 1993 vollzogen wird. Man ist sich einig geworden, eine sehr enge Wirtschaftsgemeinschaft weiterführen, mindestens mit einer Zollunion, wahrscheinlich mit einem gemeinsamen Markt und, wenigstens für eine Uebergangszeit, mit einer gemeinsamen Währung. Beide Republik-Regierungen haben den EFTA-Ländern schriftlich den Wunsch zugeleitet, das Abkommen, so wie es ausgehandelt und unterzeichnet worden ist, in Kraft treten zu lassen; es würde von den beiden Nachfolgestaaten unverändert übernommen. Das Abkommen ist bereits im Juni 1992 vom tschechoslowakischen Bundesparlament ratifiziert worden. Auch Schweden und Norwegen haben das Abkommen bereits ratifiziert. Die Ratifikationsverfahren in den übrigen EFTA-Ländern laufen. Es ist die Meinung der EFTA-Länder, dass man den Wunsch der Tschechoslowakei stattgeben sollte und dieses Abkommen so rasch als möglich in Kraft setzen sollte, weil es wirtschaftlich sinnvoll ist, dass die Tschechoslowakei so stark wie möglich wirtschaftlich eine Einheit bleibt und dass die beiden Republiken die engen Beziehungen, welche unter der Bundesregierung mit Westeuropa, mit der EG und der EFTA aufgebaut worden sind, weiter geführt werden. Das Abkommen ist im Kern ein Freihandelsabkommen. Dieses Freihandelsabkommen bedeutet einen asymmetrischen Zollabbau für Industriewaren, das heisst, die vollständige Beseitigung der Zölle auf Seiten der EFTA-Länder mit dem Inkrafttreten (dies ist am 1. Juli 1992 geschehen), auf der anderen Seite ein stufenweiser Abbau für gewisse Produkte. Es betrifft ungefähr 30% der EFTA-Exporte. Für den Hauptteil der Exportwaren der EFTA sollte die Zollfreiheit auf tschechoslowakischer Seite nach einer Uebergangsfrist von fünf Jahren eintreten. Für einige sensible Produkte beträgt die Uebergangsfrist zehn Jahre. Für die Landwirtschaft ist ein bilaterales Protokoll ausgehandelt worden, weil es keine einheitliche EFTA-Landwirtschaftspolitik gibt. Das Hauptsteuerungselement für die Produkte sind die mengenmässigen Beschränkungen. Konzessionen diesbezüglich hätte unser Importsystem zu stark gestört, sie wären auch in der heutigen internationalen Verhandlungslage ein Rückschritt gewesen, weil man versucht, diese bilateralen

Vereinbarungen, wenn immer möglich, zu globalisieren. In gewissen Bereichen der Zusammenarbeit geht das Abkommen über ein reines Freihandelsabkommen hinaus.

Diskussion:

Bäumlin: Beim Handelsabkommen der EFTA und der Schweiz mit der Türkei, versuchte ich umsonst, mich für Menschenrechtsfragen einzusetzen. Bundesrat Delamuraz versuchte mich zu beruhigen. Ich bin versucht zu sagen, dass die Schweiz wie die anderen EFTA-Staaten Wirtschaftspolitik macht, die Aussenpolitiker werden dann erst hinterher eingeschaltet. Was die Landwirtschaft und die Wirtschaftsstruktur anbetrifft, sind die Tschechei und die Slowakei verschiedene Partner. Könnte diese Ungleichheit nicht bewirken, dass es nach der Teilung nicht so einfach sein wird, diese wirtschaftliche Einheit weiterzuführen? Zieht die Slowakei den Kürzeren nach der Teilung auch gegenüber den EFTA-Staaten. Was kann die Schweiz dazu beitragen, dass dies nicht geschieht? Bestehen noch Probleme mit Liechtenstein? Hat das Fürstentum in beiden neuen Staaten Besitztümer? Können wir mit dem Handelsabkommen einen positiven Einfluss nehmen auf das Problem der ungarischen Minderheit in der Slowakei?

Rutishauser: In der Botschaft steht, dass der Agrarbereich momentan eine untergeordnete Rolle spiele. Es sind aber immerhin neunzig Zollpositionen zur Senkung vorgesehen und in Anbetracht des riesigen Produktionspotentials im Osten, frage ich mich, ob der Agrarbereich in Zukunft nicht wesentlich mehr Bedeutung erlangen wird?

Oehler: Die heutige Diskussion erinnert mich an die Diskussion über Beiträge, die wir an das damalige Jugoslawien zahlen sollten. Welchen Vorbehalt haben wir, wenn Konflikte entstehen, die dem System inhärent sind? Haben wir eine Möglichkeit auszusteigen? Haben wir eine Möglichkeit Druck aufzusetzen oder sind wir bereit, schon heute festzuhalten, den Vertrag aufzukündigen, auch als Einzelland, falls die Befürchtungen von Frau Bäumlin eintreten? Die EFTA steht am Vorabend der Auflösung und wir schliessen noch Verträge ab, die auslaufen.

Segmüller: Mich interessiert der innere Wert dieses Abkommens im Vergleich mit demjenigen der CSFR mit der EG. Welchen Einfluss würde ein negativer Ausgang der EWR-Abstimmung haben, weil wir dann nicht Teil des Binnenmarktes wären?

M. Ruffy: La situation dans les républiques tchèque et slovaque n'a rien de commun avec celle de la Yougoslavie. La Communauté et l'AELE ont probablement commis une grave erreur, lorsqu'en 1989 la Yougoslavie a lancé des signes de désespoir et tenté de s'amarrer à l'Europe occidentale, puisqu'elles n'ont pas compris le message.

La République tchécoslovaque, comme la Hongrie et la Pologne, est associée à la Communauté européenne depuis le mois de décembre dernier. C'est pourquoi la situation est différente. Dans ce cas l'intention de la Communauté de prendre en considération les demandes qui lui sont adressées est donc claire et sérieuse. J'ai pu voir hier soir à la télévision française une carte de l'Europe sur laquelle les trois pays mentionnés ci-dessus figuraient dans la Communauté élargie. L'accord dont nous parlons n'est donc qu'un complément.

En fait, il semble que la République tchécoslovaque, dans la perspective d'un éventuel refus par la Suisse de l'EEE au mois de décembre, souhaite "marcher sur deux pieds". Elle pourrait disposer d'un accord avec l'AELE en plus du statut d'associé avec la CEE. C'est donc l'expression d'une volonté marquée de participer aux deux ensembles.

En conclusion, mon groupe estime que la ratification de cet accord a une signification très positive, autant sur le plan politique qu'économique

Je soulève encore trois questions. Que représente la notion d'investissements directs étrangers (p. 5)?

A la page 10 il est dit: "La Suisse maintient ses droits de douane à l'importation pour une liste de produits contenant des poissons d'eau douce.". Comme je suis amateur de la carpe en gelée du Rosenberg je souhaite savoir si celle-ci figure dans cette liste.

Que recouvre la notion des "nationaux" (cf. p. 11, dernier paragraphe)?

Grendelmeier: Wieso warten wir nicht den 6. Dezember ab? Meine Hauptbefürchtungen gelten nicht der Tschechoslowakei und ihrer Auflösung, sondern der EFTA. Wie weit ist die EFTA ein Gremium nach dem 1.1.1993, das autonom Verhandlungen führen kann? Wäre in diesem Falle nicht der EWR zuständig? Ich habe den Eindruck eines Phantomabkommens.

Präsident: Nach meinen Kenntnissen wird die EFTA weiter bestehen. Sie würde erst reduziert und in anderer Form bestehen, wenn Schweden, Oesterreich usw. Mitglied der EG würden.

Scheidegger: Zu Grendelmeier: Ich teile Ihre Befürchtungen überhaupt nicht. Wir können diesem Geschäft zustimmen. Die Situation in der CSFR ist mit derjenigen in Jugoslawien nicht zu vergleichen. Es ist den Kommunisten nicht gelungen, dieses Land zusammenzuhalten und jetzt hat es sich abgezeichnet, dass wider jegliche wirtschaftliche Vernunft, das Land aus kulturellen Ueberlegungen auseinanderbrechen muss. Die Botschaft müsste diesbezüglich ergänzt werden.

Nebiker: Obwohl die Lage in der Tschechoslowakei unsicher ist, sollten wir dieses Abkommen genehmigen. Trotz der politischen Schwierigkeiten, müssen wir unsere Märkte diesen osteuropäischen Ländern öffnen. Es braucht dazu auch eine Liberalisierung im Agrarbereich, weil zum Teil keine anderen Produkte zur Verfügung stehen. Ich hätte gerne einige konkrete Ausführungen zu diesem Zollabbau und den Zollreduktionen im Bereich des Agrarhandels: Werden die Zölle auf Rinds- und Schweinefleisch ganz abgebaut? Zum Stichwort "Zuckerrüben": Hat es einen Sinn, Zuckerrüben über einige hundert Kilometer in die Schweiz zu transportieren, um sie dort zu verarbeiten? Vielleicht wäre das noch im Zusammenhang mit der Auslastung der schweizerischen Zuckerfabriken interessant. Da aber die Zuckerrüben überall zur gleichen Zeit erntereif sind, und unsere Fabriken ohnehin ausgelastet sind, scheint auch dieserr Vorteil wegzufallen. Zur Position "Geflügelfleisch": Ein erheblicher Zollabbau in diesem Bereich könnte zur Abnahme von inländischen Produktionsmöglichkeiten führen. wo gerade aber noch Ausbaumöglichkeiten bestehen. Auch die Position "natürlicher Honig" könnte negative Auswirkungen haben.

Mauch Rolf: Wir sollten dieses Abkommen genehmigen. Ich war seinerzeit auch in der Wirtschaftskommission mit Herrn Oehler und habe ihn in seiner Skepsis punkto Beiträge an Jugoslawien unterstützt. Die Tschechoslowakei ist ein fester Bestandteil Mitteleuropas. Wir haben alles Interesse an stabilen Verhältnissen in Mitteleuropa, wo sie noch bestehen. Ich verweise zudem auf den grundsätzlichen Wert der Institutionen des Freihandels anstelle supranationaler Gebilde, die die Souveränität beeinträchtigen.

Nebiker: Der Sinn dieser Abkommen ist, dass die Marktwirtschaft in diesen Ländern aufgebaut werden kann. Es gibt in diesen Ländern enorme Entwicklungsmöglichkeiten.

Arioli: Zu Bäumlin: Minderheitsprobleme können nicht mittels Verweigerung des Freihandels positiv beeinflusst werden. Wenn wir dagegen ein derartiges Abkommen abschliessen und in Kraft setzen, zeigen wir diesen Ländern, dass wir ihnen eine Chance geben wollen, sich wirtschaftlich zu entwickeln; wir bringen sie Westeuropa näher. Wenn ein Land eine Chance hat, sich wirtschaftlich zu entwickeln, hilft dies auch, Minderheitenprobleme etwas ruhiger anzugehen. Es ist mir jedoch klar, dass dies kein Mittel ist, um Minderheitenprobleme zu lösen. Die Tschechei ist wirtschaftlich stärker und es finden wesentliche wirtschaftliche und finanzielle Transfers zugunsten der Slowakei statt. Es war schliesslich Meciar, der als Wahlsieger in der Slowakei die Trennung in sein Wahlprogramm aufnahm. Klaus drängte auf einen gemeinsamen wirtschaftspolitischen Kurs. Man kann der Slowakei nur helfen, dies ist die Meinung aller EFTA-Länder, ihre wirtschaftlichen Probleme zu überwinden, indem wir sie in dieses Projekt eines westeuropäischen Freihandels einbinden. Die rechtliche Situation ist auf der tschechoslowakischen Seite so, dass im Juni das Bundesparlament das Abkommen genehmigt hat. Im August haben beide Regierungen an die EFTA-Länder geschrieben, auch wenn es zu einer Trennung komme, seien sie interessiert, das Abkommen weiter zu führen. In Jugoslawien sind die Trennungskräfte sehr viel stärker als in der Tschechoslowakei. Das Trennungsverfahren nimmt in der Tschechoslowakei einen geordneten Gang. Die EFTA als Organisation ist nicht Vertragspartei, sondern die EFTA-Länder. Die EFTA wird nicht aufgelöst, wie auch immer die Abstimmung am 6. Dezember in der Schweiz ausgehen wird. Die EFTA-Konvention besteht weiterhin. Dasselbe gilt für die Freihandelsabkommen mit der EG. Das Abkommen ist rechtlich möglich und macht auch einen Sinn, wie immer der schweizerische Entscheid über den EWR ausfällt. Zu Segmüller: Allerdings, wenn der EWR-Entscheid negativ ausfällt, werden wir von der Dynamik dieser Abkommen mit den osteuropäischen Ländern abgekoppelt werden. Zu Rutishauser und Nebiker: Die Tschechoslowakei war vor allem am Freihandel "Industrieprodukte" interessiert, die Landwirtschaft war sekundär. Anders ist die Situation bei den Abkommen mit Polen und Ungarn. Dort ist der Agrarhandel etwas sehr wesentliches. Wenn wir diesen Ländern eine Chance geben wollen, mit Westeuropa wirtschaftlich zusammenzuarbeiten, müssten wir ihnen längerfristig auch im Sektor der Landwirtschaft eine Chance geben. Die mengenmässigen Beschränkungen bleiben bestehen. Durch die Zollkonzessionen geben wir der Tschechoslowakei eine geringe Präferenz. Die Position "Zuckerrüben" ist in diese Liste hineingekommen, weil die Tschechoslowakei daran interessiert war. Wie weit sie dieses Interesse realisieren können wegen der Transportkosten, wird man sehen müssen. Auch beim Geflügel und beim Fleisch sollte sich der Mechanismus mit diesen Zollkonzessionen so auswirken, dass diese Importe keine Inlandproduktion substituieren. Zu Oehler und Bäumlin: Im Zweckartikel der Präambel des Vertrages heisst es, dass man Freihandelsbeziehungen zwischen marktwirtschaftlich orientierten

Ländern aufbauen will. Wenn diese Voraussetzungen wegfallen, haben wir einen guten Grund, um das Abkommen zu kündigen. Wir könnten dies innerhalb von sechs Monaten tun. Betreffend das Fürstentum Liechtenstein: Das liechtensteinische Fürstenhaus ist in den ersten Jahre nach Kriegsschluss enteignet worden, gleich wie die deutschen Eigentümer in der Tschechoslowakei. Das Fürstenhaus wehrt sich gegen diese Gleichstellung mit den deutschen Eigentümern. Ich weiss nicht, wie sich der fürstliche Grundbesitz aufteilt zwischen den beiden Republiken. Zu Scheidegger: Wir haben die Botschaft auf Anfang Juli schreiben müssen, damit sie rechtzeitig für die Herbstsession bereit lag. Wir haben deshalb bewusst verzichtet, auf den Trennungsprozess in der Tschechoslowakei einzugehen. Bei der Beratung der Vorlage im Plenum kann man dann immer noch auf den aktuellen Stand der Lage hinweisen. Ich nehme an, dass dann ein Entwurf für ein Trennungsgesetz im tschechoslowakischen Bundesparlament vorliegt.

Zu Ruffy: Les investissements directs sont les statistiques des flux de capitaux. Ils sont distincts des investissements en portefeuille. Ce sont ceux relatifs à la création ou à l'achat d'entreprises gérées dans le cadre d'un groupement par exemple. S'agissant de la page 10, la référence à l'annexe 2 concerne l'Accord et non le message. Cette annexe contient la liste des concessions tarifaires pour les poissons et les produits dérivés. Elle correspond exactement à celle de l'AELE, c'est-à-dire qu'elle n'octroie aucune concession pour les poissons d'eau douce à l'exception d'une seule sur les carpes. La libéralisation totale concédée par la Suisse pour les poissons d'eau de mer date de plus de 20 ans. S'agissant de la non-discrimination pour les monopoles d'Etat (cf. p. 11), nous avons repris la disposition que nous avons acceptée dans le cadre de l'AELE. Cette clause a semblé importante pour les pays de l'AELE, car les monopoles d'Etat dans les pays de l'Est jouent historiquement encore un plus grand rôle. Le potentiel de discrimination y est certainement plus grand que chez nous. Par ailleurs, nous avons assuré nos partenaires tchécoslovaque qu'ils bénéficieraient du même traitement si nous devions abolir les monopoles du sel et de la poudre dans le cadre de l'EEE.

Steffen: Ich frage mich, ob dieser Vertrag nicht in einem gewissen Sinn ein Präzedenzfall schafft. Mir scheint, dass die CSFR privilegiert wird. Ich könnte mir vorstellen, dass auch andere Staaten im Osten ähnliche Absichten hätten gegenüber der EFTA und der Schweiz. Auch sie sind auf dem Wege zur Marktwirtschaft. Mich beschäftigt die Liberalisierung des öffentlichen Beschaffungswesens. Welche Auswirkungen müsste man z.B. in der Schweiz erwarten, wenn noch andere Staaten diesbezüglich privilegiert würden.

M. Rebeaud: Je souhaite un commentaire quant aux affirmations énoncées ci-dessus par M. Nebiker relatives au fait que les investisseurs suisses devraient être intéressés par la Tchécoslovaquie parce qu'ils auraient moins d'ennuis que dans notre pays avec les problèmes de protection de l'environnement. Or, cette dernière est dans un état critique dans tous les pays d'Europe de l'Est qui sont industrialisés. Alors, le département partage-t-il ces vues? Y a-t-il véritablement une

- 8 -

stratégie parmi certains investisseurs suisses visant à profiter de la faiblesse de la protection de l'environnement dans les pays de l'Est pour aller polluer en toute quiétude? Cela irait à l'encontre de la politique de la Confédération qui a précisément axé son aide sur la mise sur pied d'une protection de l'environnement efficace dans ces pays.

Je ne connais aucun cas précis où des entreprises suisses auraient voulu abuser de la faiblesse de la protection de l'environnement dans ce pays. En revanche, j'ai entendu que plusieurs entreprises se trouvaient confrontées aux mêmes problèmes que dans l'ancienne RDA. En cas de rachat d'une entreprise les obligations de remises en état, du point de vue de l'environnement, entraînent des coûts extrêmement importants qui ne sont pas toujours calculables. C'est une des raisons pour lesquelles beaucoup d'investisseurs ont renoncé à s'implanter dans cette région.

Notre assistance dans le développement d'une politique, d'une législation et d'une surveillance dans le domaine de la protection de l'environnement est un des points forts de notre aide à la République fédérative de Tchécoslovaquie, de Pologne et de Hongrie. En outre, nous accomplissons de grands efforts pour leur permettre d'acquérir des équipements pour la sauvegarde de l'environnement. Dans ce contexte nous pourrions donc agir de manière plus appuyée pour les aider à se défendre contre des entreprises qui voudraient abuser de la situation dans laquelle ils se trouvent.

La Confédération pourrait-elle aider un investisseur suisse à assumer les tâches d'assainissement de l'environnement liées à un investissement sur place?

M. **Arioli**: Jusqu'à présent nous n'avons reçu aucune demande allant dans ce sens. Nous devrions examiner si une telle prise en charge était envisageable, mais bien sûr les coûts peuvent parfois être considérables et beaucoup trop importants pour être pris en considération par la Confédération.

Arioli: Zu Steffen: Wir privilegieren die Tschechoslowakei nicht. Wir haben gleichzeitig mit Polen und Ungarn verhandelt. Die EFTA-Länder sind jetzt auch daran, mit Bulgarien und Rumänien zu verhandeln. Mit Polen und Ungarn können wir nicht abschliessen, weil diese Länder hartnäckig auf grösseren Agrarkonzessionen der Schweiz und der übrigen EFTA-Länder beharren. Wir haben ihnen ein faires Angebot gemacht. Wir suchen jetzt nach Verbesserungsmöglichkeiten. Zur Frage der Liberalisierung des öffentlichen Beschaffungswesens: Mit Rücksicht auf solche Bedenken, dass wir nicht wissen, was in diesem Bereich aus diesen Ländern auf uns zukommt, haben wir den Ländern die GATT-Behandlung zugestanden. Wir müssen diesen Ländern in diesem Bereich eine Chance geben, denn auch unsere Industrie möchte in diesen Ländern entsprechende Chancen haben. Wir hoffen auf eine dynamische Ausgestaltung.

Bäumlin: Für mich ist schwergewichtig, dass mit solchen Verträgen über das rein wirtschaftliche hinaus auch noch etwas bewirkt werden kann.

Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen

<u>Detailberatung:</u>	Art. 1	angenommen
	Art.2	angenommen
	Titel und Ingress	angenommen

<u>Gesamtabstimmung:</u>		
	Zustimmung	14
	Ablehnung	-
	Enthaltungen	1

Präsident: Zur Beratung im Plenum des Nationalrates schlage ich Ihnen Kategorie fünf vor mit einem schriftlichen Bericht.

M. **Rebeaud:** Je souhaite que l'on établisse des règles sur la procédure à suivre relative aux rapports parallèles (Mitbericht). La façon dont a été géré celui de la Commission des institutions politiques lors du dernier débat parlementaire était totalement inadéquate. Personne n'y a rien compris et, de plus, ce n'était pas conforme à l'ordre des priorités établi en fonction des compétences des commissions.

En outre, nous devrions respecter à l'avenir le règlement de notre commission en ce qui concerne les rapporteurs. Après une discussion nourrie et avoir exigé expressis verbis que l'on indique le caractère exceptionnel de la chose, je m'étais finalement rallié la mort dans l'âme à la proposition voulant désigner le président et le vice-président comme rapporteurs de la commission. Je souligne encore une fois que nous devrions nous en tenir le plus possible à notre règlement, car ce genre de dérapage risque de mener à un grand désordre.

Pressemitteilung

Die Aussenpolitische Kommission des Nationalrates tagte am 4. September 1992 in Bern unter dem Vorsitz von Nationalrat Albrecht Rychen (V/BE) und im Beisein von Bundesrat Stich, Staatssekretär Kellenberger und weiterer hoher Beamter aus dem EDA und dem EVD.

Die Kommission befasste sich mit der Botschaft über die Genehmigung des Abkommens vom 20. März 1992 zwischen den EFTA-Ländern und der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik (CSFR) (92.069). Dieses Abkommen geht auf die im Juni 1990 in Göteborg von den EFTA-Ländern mit Ungarn, Polen und der CSFR unterzeichneten Erklärungen zurück. Die EFTA-Länder erklärten sich damals bereit, mit diesen Ländern enge Beziehungen herzustellen und deren Reformen während des Uebergangsprozesses zur Marktwirtschaft zu unterstützen. Die Vertragsverhandlungen mit Polen und Ungarn dürften auch bald abgeschlossen sein.

Das Abkommen umfasst den Industriegüterbereich, die verarbeiteten landwirtschaftlichen Erzeugnisse sowie die Fische und andere Meeresprodukte. Es erstreckt sich auch auf Gebiete wie technische Handelshemmnisse, öffentliches Einkaufswesen, staatliche Beihilfen sowie Schutz des geistigen Eigentums. Das Abkommen ist insofern asymmetrisch, als die EFTA-Länder der CSFR mit dem Inkrafttreten bedeutende Zugeständnisse machen, während sich die von der CSFR den EFTA-Ländern eingeräumten Konzessionen über eine 10-jährige Uebergangsperiode erstrecken. Eine Entwicklungsklausel ermöglicht die Ausdehnung der Zusammenarbeit auf Bereiche, die nicht unter dieses Abkommen fallen.

Die einstimmige Kommission (bei 1 Enthaltung) wird ihrem Rat beantragen, auf die Vorlage einzutreten, und dem Abkommen zuzustimmen.

Die Kommission liess sich auch von Bundesrat Stich über Stand und Hintergründe der Bemühungen zur Bildung einer Ländergruppe unter Führung der Schweiz im Rahmen des Internationalen Währungsfonds orientieren.

Die Lage im ehemaligen Jugoslawien war ein weiteres Traktandum. Die Kommission liess sich in diesem Zusammenhang auch über die von der Schweiz zur Wiederherstellung des Friedens unternommenen Anstrengungen ins Bild setzen.

3003 Bern, den 4. September 1992

Parlamentsdienste

Fachdienst II

Communiqué de presse

La Commission de politique extérieure du Conseil national s'est réunie le 4 septembre 1992 à Berne sous la présidence de M. Albrecht Rychen, Conseiller national (V/BE) et en présence de M. le Conseiller fédéral Otto Stich et d'autres hauts fonctionnaires du DFAE et du DFEP.

La commission s'est occupée du message concernant l'approbation de l'Accord du 20 mars 1992 entre les pays de l'AELE et la République fédérative tchèque et slovaque (RFTS) (92.069). Cet accord a son origine dans les déclarations que les pays de l'AELE ont signé avec la Hongrie, la Pologne et la RFTS à Göteborg en juin 1990. Les pays de l'AELE se sont déclarés prêts à établir des liens étroits avec ces pays et de soutenir leurs réformes durant le processus de transition vers une économie de marché. Les négociations avec la Pologne et la Hongrie devraient également se clore prochainement.

L'Accord couvre le secteur industriel, les produits agricoles transformés, les poissons et autres produits de la pêche. Il s'étend également aux domaines tels que les obstacles techniques aux échanges, les marchés publics, les subventions étatiques de même que la protection de la propriété intellectuelle. L'Accord est de type asymétrique dans la mesure où les pays de l'AELE accordent à la RFTS des concessions importantes dès l'entrée en vigueur de l'Accord alors que les concessions accordées par la RFTS aux pays de l'AELE sont étalées sur une période transitoire d'une dizaine d'années. Une clause évolutive permet d'étendre la coopération à des domaines qui ne tombent pas sous cet accord.

La commission à l'unanimité (moins une abstention) propose au plénum d'entrer en matière sur le projet d'arrêté et d'approuver ledit Accord.

La commission a été informée par M. le Conseiller fédéral Stich sur l'état et les raisons des efforts déployés en vue de la constitution d'un groupe de pays placé sous la conduite de la Suisse au sein du Fonds monétaire international (FMI).

La situation dans l'ex-Yougoslavie était également à l'ordre du jour. La commission a pris connaissance des efforts entrepris par la Suisse pour rétablir la paix dans ce pays.

3003 Berne, le 4 septembre 1992

Services du Parlement

Service de commission II

- 10 -

VERTRAULICH

3003 Bern, den 11. September 1992

NATIONALRAT

Aussenpolitische Kommission

TEILPROTOKOLL 1

der Sitzung vom 4. September 1992
8.30 - 12.00 Uhr
in Bern, Parlamentsgebäude, Zimmer 87

TAGESORDNUNG

2. Bildung einer Ländergruppe unter Führung der
Schweiz im Rahmen des IWF

(Für die übrigen Traktanden - siehe Hauptprotokoll
Autres objets à l'ordre du jour - voir procès-verbal
principal)

TEILNEHMER

Präsidium. Rychen

Anwesende Mitglieder: Aubry, Bär,
Bäumlin, Rutishauser (ersetzt Berger), Bircher Peter
(ersetzt Caccia), Columberg, Nebiker (ersetzt Fischer-
Hägglingen), Grendelmeier, Haller, Stamm Judith
(ersetzt Maître), Moser, Nabholz, Oehler, Rebeaud,
Ruffy, Scheidegger, Segmüller, Steffen, Mauch Rolf
(ersetzt Wyss Paul)

Entschuldigt: Bundespräsident Felber,
Vorsteher EDA
Bundesrat Delamuraz, Vorsteher EVD
Bircher Silvio, Eggly, Frey Claude, Frey Walter,
Mühlemann, Vollmer, Ziegler

Mitglieder der Verwaltung:
Bundesrat Stich, Vorsteher EFD
H. Erard, Generalsekretär EFD
Staatssekretär Kellenberger, EDA
Botschafter Arioli, BAWI, EVD
Minister Lautenberg, EDA
H. Mazenauer, BAWI; EVD
H. Stücheli, EDA

Kommissionssekretariat: H. Aebi, Frau Hutter, PD

Protokoll: Frau von Roten (d), H. Kuonen (f)

2. Bildung einer Ländergruppe unter Führung der Schweiz im Rahmen des IWF

Präsident: Zu Bundesrat Stich: Uns beschäftigen die Fragen: Welche Auswirkungen hat die Bildung einer Ländergruppe auf die aussenpolitische Konstellation? Wie geht die Schweiz Verpflichtungen ein? Ist die Bildung einer Ländergruppe aussenpolitisch relevant oder nur währungspolitisch?

Bundesrat Stich: Diese Fragen haben neben dem währungspolitischen auch einen sehr realen, politischen Hintergrund. Die Chancen, dass die Zahl der Exekutivdirektoren und Mitglieder des Interimsausschusses von 22 auf 24 erhöht werden, stehen im Moment gut. Eine diesbezügliche Bestätigung werden wir von den Vereinigten Staaten aber erst anlässlich der Sitzung vom 23. September 1992 erhalten. Im Zusammenhang mit dem Legislaturprogramm haben wir einen Bericht versprochen. Diesen Bericht haben wir nicht mehr gemacht, weil sich spätestens 1988 eine Mitgliedschaft der Sowjetunion im Internationalen Währungsfonds abzeichnete. Wir waren uns auch in klaren darüber, dass die Sowjetunion einen Direktorensitz bekommen würde. Da für die Sowjetunion ein zusätzlicher Sitz geschaffen werden musste, eröffnete sich somit ebenfalls für die Schweiz die Chance, einen Sitz zu bekommen. Im Dezember 1989 stellten wir einen entsprechenden Antrag an den Bundesrat. Für den Bundesrat war klar, dass die Schweiz einen Sitz haben sollte. Ein Sitz ist jedoch abhängig von der Quote, die man erhält. Die Quote wird auf komplizierte Art und Weise errechnet. Verschiedene Faktoren sind massgebend, unter anderem auch die Aussenbeziehungen. Wir sind intern zum Schluss gekommen, wir könnten eine Quote von etwa 2,1% erhalten. Für uns war wichtig, dass wir den anderen Ländern klar machen würden, dass wir eine hohe Quote haben möchten, die unserem wirklichen Status entspricht. Frankreich hat uns unterstützt, war jedoch dagegen, dass wegen der Schweiz die frankophone, afrikanische Gruppe verdrängt würde. Ich habe darauf in einem Brief an diese Entwicklungsländer bestätigt, dass auch die Schweiz nicht die Absicht habe, ein Entwicklungsland zu verdrängen. Nach unserem Beitrittsantrag begann das offizielle Prozedere. Zweimal kamen Experten vom Währungsfonds in die Schweiz. Diese hatten allerdings andere Vorstellungen bezüglich der Quote als wir. Wir brauchten fünf Sitzungen, bis wir uns über die Quote einig wurden. Wir haben am Schluss nachgegeben bei einer Quote von 1,7% d.h., man hat klar versucht, die Schweiz unter die afrikanische Gruppe zu setzen, damit es der Schweiz nicht möglich ist, aus eigener Kraft eine Ländergruppe zu bilden. Die Amerikaner sagten uns immer wieder, dass wir eine europäische Gruppe hinausdrängen sollten. Wir wiesen sie darauf hin, dass wir in Europa lebten. Nach der Hürde der Volksabstimmung begannen die eigentlichen Verhandlungen. Mir hat das Referendum geholfen. Für die Bildung der Ländergruppe hat uns das Referendum allerdings geschadet, weil wir nicht sofort, als die Sowjetunion auseinanderbrach, mit den Nachfolgeländern Kontakt aufnehmen und ihnen ein konkretes Angebot machen konnten. Die Amerikaner meinten, dass wir noch zwei Jahre warten sollten um eine Ländergruppe zu bilden. Wir wiesen sie darauf hin, dass das für uns keine Alternative sei und wir sonst die Abstimmung erzwingen würden. Wir waren überzeugt, dass es eine politische Lösung geben wird. Unsere Standfestigkeit hat zum Ziel geführt.

Präsident: zu Bundesrat Stich: Können wir in der Kommission davon ausgehen, dass in solchen Fragen eine interdepartementale Zusammenarbeit stattfindet? Wie äussern Sie sich zum Vorwurf, eine Gruppe mit islamischen Staaten zu bilden, die zum Teil die Menschenrechte noch mit Füssen tritt? Haben wir keine anderen Möglichkeiten? Steht

die Bedeutung der Gruppenbildung für die Schweiz derart im Vordergrund, dass es gar keine Rolle mehr spielte, aus welchen Ländern sich eine solche Gruppe zusammensetzt?

Bär: Weder in Europa noch in Uebersee hat man sehr viel Verständnis für das Vorgehen der Schweiz. Welche Staaten bilden zusammen mit der Schweiz eine Ländergruppe? Hat die Schweiz auch eine gute Chance bei 23 Sitzen; würden wir eine Ländergruppe, bestehend aus Entwicklungsländern, verdrängen? Sollen die IWF-Mitgliedschaftsbeiträge osteuropäischer Länder dem schweizerischen Osteuropakredit belastet werden? In der Botschaft lese ich allerdings, dass eine Finanzhilfe für die Sowjetunion im gegenwärtigen Zeitpunkt nicht vorgesehen sei. Werden diese Auslagen auf Kosten der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit gehen? Steht die Zusammenarbeit mit der Türkei noch zur Diskussion?

Nabholz: Aufgrund welcher Kriterien werden Ländergruppen gebildet? Von welchen Staaten der Zehnergruppe erhalten wir Unterstützung?

Stamm Judith: zu Bundesrat Stich: Warum will die Schweiz um jeden Preis diesen Sitz? Welche Kriterien werden für die Politik der Schweiz im Rahmen des IWF wichtig sein?

Bundesrat Stich: Zu Rychen: Die Koordination der Arbeitsgruppe zwischen den drei betroffenen Departementen und der Nationalbank hat sehr gut gespielt. Ich habe diese Gruppe selber geleitet. Es ist selbstverständlich, dass die politischen, wirtschaftlichen und finanziellen Aspekte berücksichtigt werden. Welche Länder versucht man in eine Ländergruppe hineinzunehmen? Wir könnten versuchen, nur Länder zu nehmen, die unserem Lande ähnlich sind, was natürlich nicht zum Erfolg geführt hätte. Die Schweiz hätte zweifellos eine viel grössere Quote bekommen, wenn sie vor dreissig Jahren beigetreten wäre. Die Schweiz wollte eine Ländergruppe bilden, wollte andererseits aber auch keine bestehende Gruppe sprengen. Für uns war klar, dass ein Gegengewicht zur Sowjetunion geschaffen werden musste, wobei es nicht um ein politisches Gegengewicht ging. Sehr viele Länder sind heute auf Kredite angewiesen und es gibt wenige Länder, die in guten Treuen noch solche Kredite geben können. Eines dieser Länder ist die Schweiz. Die bezahlenden Länder sollten in der Weltbank und im Währungsfonds ein Mitspracherecht haben und angemessen vertreten sein. Es wurde uns deshalb zugesichert, dass eine 24ste Gruppe gebildet wird. Die Schweiz ist deshalb nicht schlecht angesehen. Wir sind aus politischen Gründen zu diesen Ländern gekommen, aber auch aus der Notwendigkeit heraus, dass wir eine Gruppe schaffen mussten und wir nicht beliebig auswählen konnten. Wir sind auf die Zustimmung der Vereinigten Staaten angewiesen, denn sie besitzen rund 18% der Stimmen. Um eine neue Gruppe zu schaffen, braucht es 85% der Stimmen. Die Vereinigten Staaten haben vorallem auch Wert darauf gelegt, dass verschiedene dieser islamisch orientierten Staaten nicht in das vom Iran angeführte fundamentalistische Lager abgleiten, sondern dass sie, wenn möglich, gegen Europa hin orientiert werden könnten. Ich denke, dass dies für die Schweiz eine gute Politik ist, weil sie auch versucht, Gegensätze auszugleichen. Wir hätten zu Aserbeidschan sehr gerne noch Armenien genommen. Wir sind uns bewusst, dass diese Länder einiges Konfliktpotential bergen. Für uns gibt diese Gruppe, vorallem zusammen mit Polen, eine gewisse Verankerung in Europa. Es ist für verschiedene Länder auch von Vorteil, wenn sie einer Ländergruppe angehören können, die von einem kleinen Land geführt wird.

Wir haben das Ziel verfolgt, die Gruppe nicht mit so starken Ländern zu dotieren, dass wir einer der beiden Direktoren hätten abtreten müssen. Polen stellt den stellvertretenden Direktor im Währungsfonds und in der Weltbank. Die anderen Länder werden Berater stellen können. Zu Bär: Ich gebe Ihnen zu bedenken, dass die Sowjetunion heute nicht mehr besteht. Es ist denkbar, dass wir einzelnen Ländern einen Beitrag geben für den Beitritt zur Weltbank. Ich denke, dies ist auch ein Teil der Entwicklungshilfe. Durch die Mitgliedschaft können diese Länder auch an den Programmen der Weltbank teilnehmen. Bei der Osthilfe sollte man das Geld dort investieren, wo die grösste Wirkung erzielt werden kann. Zu Nabholz: Wir waren im engen Kontakt mit der Zehnergruppe. Wir waren auch immer sicher, dass sich die Zehnergruppe, mit Ausnahme der Vereinigten Staaten, für einen 24sten Sitz einsetzen würde. Der 24ste Sitz soll auf zwei Jahre beschränkt und dann die Zahl der Sitze statutengemäss wieder auf 20 zurückgeführt werden. Die Vereinigten Staaten, die nur über einen Vertreter verfügen, sind der Auffassung, die EG sei mit sieben Vertretern übervertreten. Ich glaube nicht, dass sich bereits in zwei Jahren eine Aenderung ergeben wird..

Bär: 1. Meine Frage nach der Kürzung der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit ist nicht beantwortet worden. 2. Was sagt das EDA dazu, dass wir an Länder Kredite geben für den Beitritt zur Weltbank oder den IWF? In der Kommission haben wir damals beschlossen, nur Schwerpunktländern zu helfen.

Oehler: Zu Bundesrat Stich: ich gratuliere Ihnen und Ihren Mitarbeitern. Was würde passieren, wenn eines dieser Länder aus der Ländegruppe "abspringen" sollte? Wie beruteilen Sie die kurz- und längerfristigen (2 Jahre) Auswirkungen?

Bundesrat Stich: Bei den Kürzungen wird nie gesagt, von was ausgegangen wird. Wenn Sie z.B. die Ausgabegebiete sehen, betragen die "Beziehungen zum Ausland 1992" plus 15,5%. Was möchten Sie noch mehr? Wir haben z.B. keine Kürzungen im Bereich der humanitären Hilfe vorgenommen. Wegen der zunehmenden Verschuldung und den höheren Zinssätzen wird die Schweiz in diesem Jahr etwa 400 Millionen Mehrausgaben haben.

Erlauben Sie mir noch einen Verweis auf S. 52 der Botschaft vom 23. September 1991 bezüglich der punktuellen Beiträge im Bereich der technischen Zusammenarbeit und der Finanzhilfe zugunsten der Sowjetunion. Wir helfen dort, wo wir können und auf die Art, wie sie uns am sinnvollsten erscheint.

M. Erard: Effectivement, pour obtenir un siège il faut constituer un groupe avec suffisamment de voix. Si un Etat quitte notre groupe nous aurons des problèmes. Cependant un mandat dure deux ans.

VERTRAULICH

3003 Bern, den 11. September 1992

NATIONALRAT

Aussenpolitische Kommission

TEILPROTOKOLL 2

der Sitzung vom 4. September 1992
8.30 - 12.00 Uhr
in Bern, Parlamentsgebäude, Zimmer 87

TAGESORDNUNG

3. Kurzorientierung über die neuesten Aktualitäten (ohne anschliessende Diskussion)
4. Aktualitäten
 - 4.1 Die Lage im ehemaligen Jugoslawien
 - 4.2 Die Lage in der ehemaligen Sowjetunion ein Jahr nach dem Militärputsch (Verschoben)

(Für die übrigen Traktanden siehe Hauptprotokoll -
Autres objets à l'ordre du jour - voir procès-verbal principal)

TEILNEHMER

Präsidium: Rychen

Anwesende Mitglieder: Aubry, Bär, Bäumlin,
Rutishauser (ersetzt Berger), Bircher Peter (ersetzt Caccia),
Columberg, Nebiker (ersetzt Fischer-Hägglingsen),
Grendelmeier, Haller, Stamm Judith (ersetzt Maître), Moser,
Nabholz, Oehler, Rebeaud, Ruffy, Scheidegger, Segmüller,
Steffen, Mauch Rolf (ersetzt Wyss Paul)

Entschuldigt: Bundespräsident Felber, Vorsteher EDA
Bundesrat Delamuraz, Vorsteher EVD
Bircher Silvio, Eggly, Frey Claude, Frey Walter,
Mühlemann, Vollmer, Ziegler

Mitglieder der Verwaltung:
Staatssekretär Kellenberger, EDA
H. Schaller, Generalsekretär EDA
Botschafter Ducrey, EDA
Botschafter Arioli, BAWI, EVD
H. Raedersdorf, DEH, EDA
H. Woker, EDA
H. Stücheli, EDA

Kommissionssekretariat: H. Aebi, Frau Hutter, PD

Protokoll: Frau von Roten (d), H. Kuonen (f)

3. Kurzorientierung über die neuesten Aktualitäten:

Kellenberger: Die Nahostfriedenskonferenz hat bekanntlich ihre Arbeit wieder aufgenommen. Das Verhandlungsklima wird momentan, vorallem auch von israelischer Seite, als gut beurteilt. Nach unserem Informationsstand haben jedoch die Verhandlungen keinen wesentlichen Fortschritt gemacht. Von israelischer Seite ist bis jetzt kein neuer Vorschlag im Vergleich zu den damaligen Positionen des Likud gemacht worden. Die neue israelische Regierung hat allerdings verschiedene Goodwill-Aktionen unternommen (z.B. Freilassung von Gefangenen). Von israelischer Seite wurden bis jetzt keine grösseren Konzessionen im Zusammenhang mit einem möglichen Rückzug aus den besetzten Gebiete ins Auge gefasst. Aus schweizerischer Sicht ist interessant, dass diese Nahostkonferenz von einem multilateralen Dialog begleitet wird, wo auch europäische Länder teilnehmen können. Es gibt Verhandlungsgruppen für: Wasser; Rüstungskontrolle und regionale Sicherheit; Umwelt; wirtschaftliche Entwicklung; Flüchtlingsfragen. Von der Schweiz aus haben wir die Absicht, in allen fünf Gruppen mitzuarbeiten, wenn wir eingeladen werden. Eingeladen wurden wir bis jetzt von denr Gruppen "Wasser" und "Rüstungskontrolle/Regionale Sicherheit".

Türkei: Nächste Woche führe ich in die Türkei in Ankara bilaterale Gespräche; in Istanbul vertrete ich den Departementschef an einer Ministerkonferenz des Europarates.

Man muss davon ausgehen, dass sich der Konflikt zwischen der türkischen Regierung und den Kurden noch verschärfen wird. Wir haben den Eindruck, dass es ausserordentlich schwierig ist - unsere Botschaft in Ankara bestätigt dies - sich ein Bild zu machen, wo genau die jeweiligen Verantwortlichkeiten liegen. Wenn wir die Reaktionen der anderen Länder beobachten, stellen wir fest, dass sich insbesondere die EG-Mitgliedstaaten, aber auch andere westliche Länder in diesem ganzen Konflikt äusserst vorsichtig verhalten und bezüglich Kritik starke Zurückhaltung üben. Dies hat mit der wichtigen Rolle zu tun, die die Türkei heute als regionale Macht in einer sehr unstabilen Zone spielt. Wir haben die türkische Regierung mit Nachdruck an ihre Verpflichtungen inbezug auf die Menschenrechte erinnert. Wir haben aber auch jede Form von Gewalt verurteilt. Die Türkei spielt je nach der weiteren Entwicklung des Jugoslawienkonfliktes eine ausserordentlich wichtige Rolle. Die Türkei hat keinen Zweifel daran gelassen, dass sie sich für die muslimische Bevölkerung in Bosnien-Herzegowina verantwortlich fühlt; Sie hat bereits über zehntausend muslimische Flüchtlinge aus Bosnien aufgenommen.

Iran: Der Schweizer Staatsbürger, Herr Bühler, ist immer noch in Teheran inhaftiert. Es ist uns jetzt gelungen, ihn regelmässig zu besuchen. Die Besuche lassen sich heute, im Vergleich zum Anfang, in einem anständigen Rahmen durchführen. Die Perspektiven, dass Herr Bühler frei gelassen werden kann, haben sich erheblich verbessert. Die Mischung einer harten, konsequenten Politik, die aber gleichzeitig auf unnötige Provokationen verzichtet hat, könnte sich bewährt haben. Somalia: Trotz einer geringen Beruhigung, bleibt die Situation äusserst chaotisch. Die Anzahl der Hungeropfer ist hoch. Das IKRK spielt eine Schlüsselrolle. Trotz beschleunigter internationaler Hilfe bleibt die Lage auf der humanitären, wie auch auf der politischen Ebene sehr prekär. Die Schweiz hat dem IKRK eine Million Franken zur Verfügung gestellt. 2,6 Millionen Franken wurden dem Hochkommissariat für Flüchtlinge zur Verfügung gestellt für die Flüchtlingslager in Kenia. Weitere Begehren werden

gegenwärtig geprüft. Das Katastrophenhilfekorps prüft gegenwärtig die Möglichkeit von zusätzlichen Massnahmen.

Raedersdorf: Wir haben einen Freiwilligen nach Somalia geschickt. Er versucht festzustellen, wo wir operationell tätig werden können. Wir unterstützen diese Flüchtlingslager im Süden von Somalia weiterhin.

4. Aktualitäten:

4.1 Die Lage im ehemaligen Jugoslawien

Kellenberger: Letzte Woche fand die Londoner-Konferenz über das ehemalige Jugoslawien statt. Als formelle Teilnahme-kriterien galten: EG-Mitgliedschaft; ständige Mitgliedschaft im UNO-Sicherheitsrat (in dieser Eigenschaft waren China, Russland und die USA vertreten); G-7 Mitgliedschaft (was Kanada die Teilnahme ermöglichte); Nachbarstaaten des ehemaligen Jugoslawien. Zugelassen wurde auch die CSFR. Obwohl wir durch die Entwicklung im ehemaligen Jugoslawien stark betroffen sind, wurden wir nicht eingeladen, weil wir keines der formellen Kriterien erfüllten. Es ist uns dann vor allem über die guten Beziehungen mit der EG-Präsidentschaft gelungen, als Beobachter zugelassen zu werden. Die Konferenz hat bekanntlich jetzt ihre Fortsetzung in Genf gefunden. Es gibt dort einen Steuerungsausschuss, der die Oberaufsicht über die verschiedenen, in Verhandlung stehenden Gruppen, ausübt. Es gibt 6 Arbeitsgruppen. Die Schweiz konzentriert sich auf die folgenden Schwerpunkte: Humanitäre Hilfe an Ort und Stelle (Aufnahme von Flüchtlingen, Koordination); Teilnahme an allen KSZE-Missionen, die zwecks Klärung der Menschenrechtslage durchgeführt worden sind. Obwohl wir keines der formellen Aufnahme-kriterien erfüllen, haben wir die beiden Ko-Präsidenten des Steuerungsausschusses, Cyrus Vance und Lord Owen, schriftlich darauf hingewiesen, dass wir einen Beitrag, insbesondere in den Gruppen "Humanitäre Hilfe" und "Ethnische und nationale Gemeinschaften und Minderheiten", leisten könnten. Die Antwort steht gegenwärtig noch aus. Wir haben auf jeden Fall den festen Willen, eine aktive und konstruktive Politik zu betreiben.

Sie haben die Texte gesehen, auf die man sich in London geeinigt hat; trotzdem gehen aber die Kämpfe weiter. Die Londoner Konferenz wurde auch benützt, um Serbien-Montenegro unter enormen politischen Druck zu setzen. Sobald Serbien-Montenegro die europäischen Normen hinsichtlich Menschen- und Minderheitsrechte und die territoriale Integrität unabhängiger Staaten respektiert, kann es mit der Aufnahme in die Staatengemeinschaft und mit Hilfe beim Wiederaufbau rechnen; andernfalls wird der Druck bis zur völligen Isolierung erhöht. Serbien-Montenegro und die bosnischen Serben müssen damit rechnen, dass die Isolierung immer härtere Formen annehmen wird, falls sie nicht zu den Lösungsansätzen, wie sie in London skizziert wurden, Hand bieten. Weiteres Konfliktpotential besteht in anderen Teilen des ehemaligen Jugoslawiens. Der britische Aussenminister hat im Namen der EG die rasche Aufnahme des Dialogs zwischen Serben und Kosovo-Albanern und die Wiederherstellung der früheren Autonomie Kosovos gefordert. Die Schweiz vertritt diese Haltung seit Monaten. Der britische Aussenminister meinte aber gleichzeitig, dass die Bevölkerung in Kosovo verstehen sollte, dass internationale Grenzen nicht mit Gewalt geändert werden sollten. Lord Carrington, der bisher die Konferenz leitete, sah in der Unabhängigkeit Kosovos keine Lösung. Milosevic hat deutlich gemacht, dass er einverstanden sei, dass die Menschenrechte nicht als bloss interne Angelegenheit eines

Staates angesehen werden können. Gleichzeitig hat er jedoch deutlich gemacht, dass Kosovo eine interne serbische Angelegenheit sei.

Mazedonien: Mazedonien wurde bisher nur von der Türkei, Bulgarien und Russland anerkannt. Es gibt hier ein EG-internes Problem. Griechenland sperrt sich immer noch gegen eine Anerkennung Mazedoniens, weil es mit dem Namen nicht einverstanden ist. Die britische EG-Präsidentschaft versucht hier, eine Lösung zu finden.

Segmüller: Ist die Wiederherstellung der Autonomie Kosovos das unbestrittene Ziel der Kosovo-Albaner? Ist die Autonomie der fromme Wunsch der übrigen Welt oder der Serben? Aus Kontakten, die ich mit Kosovo-Albanern in Albanien und hier in der Schweiz hatte, hörte ich den Ausspruch, dass Autonomie eine Falle sei. Sie bewirke, dass die Kosovo-Albaner nirgends eine direkte Stimme hätten.

Grendelmeier: Woher beziehen die Serben ihre Mittel und ihre Waffen? Welche Rolle spielt dabei die Türkei? Wie weit läuft der Waffenhandel auch über Griechenland? Inwieweit ist die Schweiz beteiligt?

Mauch Rolf: Stimmt die Annahme, dass bei allen Unterschieden der Kern des Problems im unnachgiebigen Hegemonieanspruch der Serben gegenüber allen anderen liegt und dieser Anspruch mit absoluter Kompromisslosigkeit verfolgt wird? Wenn diese Annahme stimmt, was gedenkt man auf internationaler Ebene zu tun?

Bäumlin: Wie ist man mit Milosevic in London umgegangen?

Kellenberger: Zu Segmüller: Es ist heute sehr schwierig zu sehen, wie eine Lösung gefunden werden kann. In London waren die Kosovo-Albaner nicht vertreten. Albanien hingegen war vertreten. Die Albaner wiesen darauf hin, dass sie die Kosovo-Albaner nicht vertreten würden. Die Albaner wehrten sich dagegen, das Kosovo-Problem in der Gruppe "Menschenrechte und Minderheiten" zu behandeln. Dies ist nicht anders interpretierbar, als dass die Albaner die Lösung des Kosovo-Problems in der Unabhängigkeit sehen. Wir müssen die weiteren Diskussionen abwarten. Das Vordringlichste wäre unserer Meinung nach, dass der Dialog zwischen den Kosovo-Albanern und den Serben wieder aufgenommen würde. Es herrschen dort unmögliche Verhältnisse seit der Aufhebung des Autonomiestatus. Wir haben uns in der KSZE für ständige Beobachter in den gefährdeten Gebieten eingesetzt, um überprüfen zu können, ob die Menschenrechte eingehalten werden. Zu Grendelmeier: Ich kann Ihnen keine klare Antwort geben, woher die Serben ihre Waffen beziehen. Natürlich besteht seit früher ein grosses Waffenarsenal. Es ist zudem kein Geheimnis, dass die Sanktionen nicht von allen eingehalten werden. Man weiss heute ziemlich genau, wo die Schwachstellen sind (z.B. Donaugebiet). Man will die Kontrollen verstärken, damit die Sanktionen eingehalten werden. Zu Bäumlin: Mir ist nicht bekannt, dass die Türkei speziell auffallen würde in Sachen Waffenlieferungen an Serbien-Montenegro. Jugoslawien war ein sehr gut gerüstetes Land. Die Waffen waren dezentralisiert untergebracht. Unabhängig von dem, was geliefert wird, sind dort enorme Bestände vorhanden. Zu Mauch Rolf: Auch wir sind der Auffassung, dass Serbien-Montenegro die Hauptschuldigen sind. Wir haben jedoch auch Informationen, dass es zu einfach wäre, wenn man ihnen die alleinige Schuld zuschieben würde. Zu Bäumlin: Die Delegation von Serbien-Montenegro war total isoliert. Jedes Land übte politischen Druck aus und hat die Hauptschuld an den jetzigen Verhältnissen eindeutig dieser

Partei zugeordnet. Milosevic wurde hart behandelt. Er hat akzeptiert, dass die Einhaltung der Menschenrechte nicht als interne Angelegenheit betrachtet werden kann und auch einer Erklärung zugestimmt, in der die Integrität von Bosnien-Herzegowina anerkannt wird. Er fügte jedoch auch hinzu, dass er Kosovo als ein internes serbisches Problem betrachte.

Bäumlin: Waren die "ethnisch gesäuberten" Gebiete ein Thema?

Kellenberger: Zu Bäumlin: Alle Delegationen haben diese Politik der "ethnischen Säuberung" auf das schärfste verurteilt. Die meisten Staaten sprachen sich für humanitäre Hilfe an Ort und Stelle aus. Verschiedenen Delegationen forderten, dass man darüber nachdenke, mit welchen Massnahmen man die rasche Rückkehr der vertriebenen Bevölkerungsteile an ihre Wohnorte sicherstellen kann.. Dies wird eines der zentralen Themen an der Genfer Konferenz sein.

Nabholz: Wird das Wort "ethnische Säuberung" im offiziellen Vokabular gebraucht? Wie schätzen Sie die innerserbische Konfliktsituation ein?

Kellenberger: Zu Nabholz: Ich kann Ihnen keine spontane Antwort geben. Ich denke darüber nach, welches Wort anstelle der "ethnischen Säuberung" verwendet werden könnte, ohne die Situation zu kaschieren.

Haller: International wird das Wort in Anführungs- und Schlusszeichen gesetzt. Es wird jedoch nicht gebraucht, um etwas zu bezeichnen, sondern es heisst, die "ethnische Säuberung" ist ein Genozid. Genozid ist ein international anerkannter Straftatbestand.

Kellenberger: Es ist die gewaltsame Vertreibung und Vernichtung ganzer Bevölkerungsteile aus ethnischen Gründen. Zu Nabholz: Wir hatten lange den Eindruck, dass die innerserbische Opposition relativ schwach ist. An der Londoner-Konferenz war es eindrücklich zu sehen, wie Panic sehr offen den eigenen Präsidenten desavouiert und kritisiert hat. Ich hatte den Eindruck, dass hier ein Machtkampf im Gange ist, wenn es nicht einfach nur gespielt wurde. Heute wird über das Misstrauensvotum gegen Panic abgestimmt. Nach dieser Abstimmung kann dann die innerserbische politische Situation besser beurteilt werden. Panic ist sehr offen gegenüber westlichen Lösungsvorschlägen.

Arioli: Ein Wirtschaftsembargo ist nur in dem Masse wirksam, in dem die unmittelbaren Nachbarn auch mitmachen. Es gibt immer Nachbarn, die ihre Grenzen nicht kontrollieren können oder wollen. Mazedonien ist offenbar nicht in der Lage oder zum Teil auch nicht willens, den Weitertransport gewisser Sendungen nach Serbien zu unterbinden. Die EG hat deshalb gestern eine Verschärfung der Kontrollmassnahmen in dem Sinne beschlossen, dass sie jetzt Ausfuhrgenehmigungen, Importlizenzen des Bestimmungslandes und auch eine Empfangsbestätigung an der Endbestimmung verlangt. Niemand kann jedoch kontrollieren, dass die Ware dann auch dort bleibt, wo sie einmal in Empfang genommen worden ist.

Woker: Zu Segmüller: Ihre Frage betreffend der Autonomie Kosovos und dem Anschluss an Albanien: Mit einiger Wahrscheinlichkeit wird dies jedoch in nächster Zeit nicht der Fall sein. Abgesehen von den Kräfteverhältnissen, wären die Prinzipien

betreffend "friedlicher Grenzveränderungen" einzuhalten. Es wird ein neuer, international überwachter Autonomie-Status notwendig sein. Inbezug auf den Genozid ist es sehr wichtig, dass klar gestellt wird, dass man in keiner Art und Weise bereit sei, die de facto-Teilung von Bosnien-Herzegowina anzunehmen. Alle Länder verurteilten diese "ethnischen Säuberungen". Kann eine diplomatische Lösung gefunden werden, die ohne Drohung mit dem Einsatz militärischer Mittel auskommt? Diese Frage lässt sich gegenwärtig nicht schlüssig beantworten.

Grendelmeier: Welche Rolle spielen in Ex-Jugoslawien die Medien und wie werden sie gespeist?

Woker: Mit der Medienfreiheit steht es sowohl in Serbien-Montenegro wie auch in Kroatien nicht sehr gut.

Segmüller: Wir sollten auf die nächste Sitzung das Thema Jugoslawien wieder traktandieren. Ich würde eine Orientierung über die Arbeit des Katastrophenhilfekorps in Jugoslawien und die humanitäre Arbeit dort begrüßen.

Aus Zeitgründen beschliesst die Kommission auf Antrag des Präsidenten die Verschiebung der Behandlung von Traktandum 4.2. auf die nächste Sitzung.

VERTRAULICH

3003 Bern, den 11. September 1992

NATIONALRAT

Aussenpolitische Kommission

TEILPROTOKOLL 3

der Sitzung vom 4. September 1992

8.30 - 12.00 Uhr

in Bern, Parlamentsgebäude, Zimmer 87

5. Vorbereitung der Sitzung vom 15./16. Oktober 1992

6. Verschiedenes

(Für die übrigen Traktanden siehe Hauptprotokoll;
autres objets à l'ordre du jour - voir procès-verbal
principal)

TEILNEHMER

Präsidium: Rychen

Anwesende Mitglieder: Aubry, Bär, Bäumlín,
Rutishauser (ersetzt Berger), Bircher Peter (ersetzt Caccia),
Columberg, Nebiker (ersetzt Fischer-Hägglín),
Grendelmeier, Haller, Stamm Judith (ersetzt Maître), Moser,
Nabholz, Oehler, Rebeaud, Ruffy, Scheidegger, Segmüller,
Steffen, Mauch Rolf (ersetzt Wyss Paul)

Entschuldigt: Bundespräsident Felber, Vorsteher EDA
Bundesrat Delamuraz, Vorsteher EVD
Bircher, Silvio, Eggly, Frey Claude, Frey Walter,
Mühlemann, Vollmer, Ziegler

Mitglieder der Verwaltung: Staatssekretär Kellenberger
H. Schaller, Generalsekretär EDA
H. Stücheli, EDA

Kommissionssekretariat: H. Aebi, Frau Hutter, PD

Protokoll: Frau von Roten (d), H. Kuonen (f)

5. Vorbereitung der Sitzung vom 15./16. Oktober 1992

Präsident. Es sind folgende Geschäfte zu behandeln:

1. Mitbericht an die Rechtskommission betreffend die Botschaft über Rassendiskriminierung;
2. Zusatzbotschaft über die Weiterführung der verstärkten Zusammenarbeit mit den ost- und mitteleuropäischen Ländern;
3. Die vom Nationalratsplenum letzten Herbst an die Kommission zurückgewiesenen Parlamentarischen Initiativen (Caccia/Petitpierre/Sager/Jaeger/Minderheit der Aussenpolitischen Kommission);
4. Petition "Euro-Initiative"
5. Petition "Die Schweiz in der Welt"
6. Doppelbesteuerungsabkommen mit Schweden;
7. Aktualitäten (Lage in der ehemaligen Sowjetunion; Jugoslawien)

Sitzungsdauer am ersten Tag: 09.30 - 18.00 Uhr; Zweiter Tag von 08.00 bis spätestens 17.00 Uhr.

Bär: Wie können wir ohne Hearings einen seriösen Mitbericht machen?

Aebi: Die federführende Kommission hat schon Anhörungen durchgeführt, an denen auch mehrere Mitglieder unserer Kommission teilgenommen haben. Sie werden das Protokoll dieser Anhörungen erhalten. Es wäre nicht sinnvoll, wenn die mitberichtende Kommission noch zusätzliche Anhörungen machen würde.

Haller: Ich möchte bei der nächsten Sitzung über die EG-Aktualitäten informiert werden.

Nabholz: Es wäre auch über die Stellung des Parlamentes zu diskutieren, sofern die Parlamentsreform angenommen wird.

Präsident: Zu Nabholz: Wir werden in diesem Zusammenhang anlässlich unseres Besuches in Dänemark den Marktausschuss des Folketing studieren.

Das IKRK lädt die Kommission zu einer Informationssitzung nach Genf ein. Ich schlage Ihnen vor, dass wir diese Einladung annehmen, den Besuch aber erst nächstes Jahr zu machen, weil dann unsere Kommission mehrere Vorlagen zu beraten hat, die in einem direkten Zusammenhang mit Genf stehen (Botschaft über den Bundesbeitrag an das IKRK; verschiedene FIPOI-Geschäfte).

6. Verschiedenes:

Haller: Ich stelle den Antrag, dass wir beschliessen, dass jeweils Sitzungsanfang und Sitzungsende wie bisher festgelegt werden und zu allfälligen Pressekonferenzen immer ausserhalb dieser Fristen eingeladen wird.

Präsident: Zu Haller: Ich wäre eher für die Beibehaltung einer gewissen Flexibilität.

Haller: Zu Präsident: Mein Antrag wird von Ihnen bestritten. Mich beschäftigen zwei Elemente: 1. Wir haben primär die Aufgabe, unsere Geschäfte seriös vorzubereiten. Die Information der Presse ist etwas Sekundäres. 2. Ich habe festgestellt, dass die Ansetzung der Pressekonferenz den Gang unserer Beratung in Worten politisch beeinflusst hat. Ich halte an meinem Antrag fest.

Präsident: An den letzten Sitzungen waren die Seriosität der Verhandlungen gewährleistet.

Haller: Mein Votum ist so zu verstehen, dass wir ohne die zeitlich festgesetzten Pressekonferenzen noch grundsätzlicher und besser hätten diskutieren können.

M. **Rebeaud**: Je soutiens entièrement Mme Haller. Cette soudaine priorité donnée par les membres de la commission à une conférence de presse exprime leur mépris pour nos travaux qui doivent rester notre préoccupation principale.

Mauch Rolf: Es geht hier offenbar um die Frage, ob die Medien für das Parlament da sind oder umgekehrt.

Haller: Angesichts der vielen Abwesenheiten beantrage ich, dass wir heute nicht mehr darüber abstimmen und stelle den Antrag, diese Frage anlässlich der nächsten Sitzung an erster Stelle zu behandeln. So beschlossen.

Schluss der Sitzung: 12.00 Uhr